

Fotoğraf/Foto: © Thomas Köhler/photothek

Rede

des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB

beim IV. Tag der Deutschen Wirtschaft

des Verbandes Türkischer Unternehmer und Industrieller in Deutschland ATIAD

Düsseldorf, Congress-Centrum

17. September 2013

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Professor Keskin,

sehr geehrter Herr Botschafter,

lieber Garrelt Duin,

meine Damen und Herren, liebe Gäste,

ich freue mich sehr über die Gelegenheit, heute hier zu Ihnen zu sprechen.

Denn es ist zum einen eine willkommene Abwechslung zu meinem gegenwärtigen politischen Alltag.

Im Augenblick ist ja eigentlich eher die Zeit, wo wir Politiker über die Marktplätze ziehen oder an Haustüren klingen, wo wir Rosen und Kugelschreiber verteilen, um für unsere Partei zu werben. Das tue ich nun seit knapp zwei Monaten. In dieser letzten Woche vor der Bundestagswahl am kommenden Sonntag folgen die Wahlkampftermine noch einmal dicht auf dicht, und ich war zunächst nicht sicher, ob ich es schaffen würde, heute hier sein zu können.

Aber nun bin ich hier und das ist gut so. Denn ich bin auch deshalb gerne gekommen, weil sich für mich mit dieser Veranstaltung heute, am Ende einer vierjährigen Wahlperiode, in gewisser Weise ein Kreis schließt.

Vor vier Jahren, nach den letzten Wahlen, bin ich, wie Sie vielleicht wissen, zum Fraktionsvorsitzenden der SPD und Oppositionsführer im Bundestag gewählt worden. Und eine meiner <u>ersten</u> öffentlichen Reden in der neuen Wahlperiode habe ich damals ebenfalls vor einem überwiegend türkischen Publikum gehalten.

Das war in Istanbul. Und es war ebenfalls ein türkischer Unternehmerverband, der mich eingeladen hatte, TÜSIAD nämlich. Ich hatte damals die Ehre einen Preis entgegennehmen zu dürfen.

Heute geht es zwar nicht ganz so feierlich zu. Aber dass ich nun hier und heute eine meiner <u>letzten</u> öffentlichen Reden der Wahlperiode wiederum vor einem überwiegend türkischen Publikum halte, das ist glaube ich mehr als ein Zufall.

Ich nehme das vielmehr als Beleg dafür, wie eng wir heute miteinander verbunden sind. Die große türkische Gemeinde in Deutschland ist fest in unserer Gesellschaft verwurzelt, ein nicht wegzudenkender Teil von ihr. Und unsere beiden Staaten pflegen eine enge und vertrauensvolle Partnerschaft.

Vor nicht ganz zwei Jahren haben wir bei zahlreichen Veranstaltungen hier in Deutschland und in der Türkei das 50. Jubiläum der Unterzeichnung des deutschtürkischen Anwerbeabkommens gefeiert.

Viele haben dieses Abkommen als den eigentlichen Beginn der Ära enger Verbundenheit und Kooperation zwischen Deutschland und der Türkei verbucht.

Und ganz sicher war das ein entscheidender Meilenstein in unserer gemeinsamen Geschichte. Aber ich habe schon vor vier Jahren in Istanbul daran erinnert und will auch heute noch einmal daran erinnern, dass es eine Phase in dieser gemeinsamen Geschichte gab, in der die Wanderungsbewegung in entgegengesetzte Richtung verlief.

Es war dies eine Zeit, in der unzählige Menschen in Deutschland bedroht und verfolgt wurden - wegen ihrer Religion, wegen ihrer politischen Einstellung oder schlicht, weil sie als entartet oder lebensunwert galten.

Während der Nazi-Herrschaft in Deutschland mussten viele Menschen ihre Heimat verlassen und ins Exil gehen. Und eine beträchtliche Zahl von ihnen fand Zuflucht in der Türkei. Es waren bedeutende Künstler darunter, wie der Komponist Paul Hindemith oder der Architekt Bruno Taut. Bekannte Politiker wie Ernst Reuter, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin. Viele bedeutende Wissenschaftler und Intellektuelle. Sie alle haben im Schutz der Türkei den Schrecken des Dritten Reichs überlebt.

Ich sage dies nicht nur, weil wir dafür bis heute Dank schulden – das auch. Ich erwähne dies auch, weil es zeigt: Wir waren einander nicht fremd, wir waren einander schon freundschaftlich verbunden, als die ersten türkischen Familien in den 60er Jahren zu uns kamen, um beim wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands zu helfen.

Am Ende kamen über 700.000. Diese Menschen haben mit ihrer Hände Arbeit geholfen, das deutsche Wirtschaftswunder zu ermöglichen. Viele sind gekommen als einfache Arbeiter, anfangs alleine, später mit ihren Familien. Aber dabei ist es nicht geblieben. 80.000 Unternehmerinnen und Unternehmer türkischer Herkunft tragen heute zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes bei.

Ohne diesen Beitrag wäre Deutschlands Wirtschaft heute um vieles schwächer. Und das nicht nur wegen der Leistungen, die <u>hierzulande</u> erbracht werden.

Die Türkei selbst ist und bleibt einer der Staaten mit der größten wirtschaftlichen Dynamik weltweit – daran ändert auch die kurze Wachstumsschwäche im letzten Jahr nichts.

Wir profitieren hier in Deutschland von dieser Dynamik auf besondere Weise. Türkische Unternehmen in Deutschland – und natürlich auch deutsche Unternehmen in der Türkei – schlagen Brücken zwischen unseren Volkswirtschaften. In meiner Zeit als Außenminister habe ich mich nach Kräften bemüht, deutsche Unternehmen für die Türkei zu interessieren. Und ich glaube, wir haben durchaus Erfolg damit gehabt. Der bilaterale Handel hat in den letzten Jahren große Wachstumssprünge erlebt. Und

er hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, wirtschaftliches Wachstum in Deutschland auch in einer Phase zu ermöglichen, in der der Rest Europas unter den Folgen der Euro-Krise ächzt.

Und diese Krise ist keineswegs vorbei!

Vor vier Jahren, als ich in Istanbul sprach, da lagen die Folgewirkungen der Lehman-Brothers-Pleite gerade hinter uns. Die Türkei war in ähnlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen, wie wir hier in Deutschland, mit einem Minuswachstum um die fünf Prozent in 2009. Die Folgen haben Sie als Unternehmer alle am eigenen Leib verspüren müssen.

Die Türkei hat sich nach dem Lehman-Schock schnell wieder auf einen stabilen Wachstumspfad begeben. Die Wachstumsraten liegen heute schon wieder höher als die der USA oder Brasiliens.

In Europa dagegen hat sich die Bankenkrise zu einer Krise des gemeinsamen Währungsraums entwickelt. An deren Folgen laborieren wir bis heute. Und ich sage voraus: diese Krise wird uns auch noch eine ganze Weile beschäftigen.

Europa insgesamt muss in dieser Situation ein Interesse schon deshalb daran haben, enge Beziehungen zur Türkei zu pflegen, um an ihrer wirtschaftlichen Stärke und Dynamik teilzuhaben. Aber eben nicht nur! Eine enge Partnerschaft liegt nicht alleine in unserem wirtschaftlichen Interesse.

Die Türkei hat durch den ökonomischen Erfolg des letzten Jahrzehnts auch zunehmend politisches Gewicht gewonnen.

Und das gilt in besonderem Maße für die jüngste Vergangenheit!

Schon in meiner Rede bei TÜSIAD, die ich jetzt noch einmal wiedergelesen habe, habe ich über die gewachsene Bedeutung der Türkei gesprochen: als Regionalmacht, die im Schnittpunkt zwischen Europa und Asien liegt – und zwar nicht nur geographisch, sondern auch politisch, ideell und kulturell.

Ich sprach damals über die einzigartige Verbindung von europäischen Einflüssen und orientalischer Kultur, von Laizismus, Demokratie und Islam, die die Türkei für eine politische und kulturelle Mittlerrolle zwischen den Kontinenten prädestiniere.

Heute, vier Jahre später, hat dies aus meiner Sicht an Gültigkeit nichts verloren. Im Gegenteil. Verändert hat sich nicht die geographische und politische Mittellage der Türkei. Verändert hat sich aber die politische Szenerie in der engeren und weiteren Nachbarschaft der Türkei – und zwar auf grundstürzende Weise!

Die arabische Welt wurde von einer Welle der Veränderung erfasst, die anfänglich mit viel Wohlwollen, ja Euphorie begleitet wurde. Heute reden nicht einmal mehr die hartnäckigsten Optimisten von einem "Frühling".

Die Hoffnungen vieler wurden zu einem guten Teil enttäuscht:

Ägypten versinkt im Chaos. Der Wettstreit um das Erbe der Revolution, der Arabellion, lässt das Land nicht zur Ruhe kommen. Und ein Ende der Rivalitäten ist nicht abzusehen.

In Tunesien steht die demokratische Erneuerung gerade auf der Kippe.

Und in Syrien erleben wir die größte humanitäre Katastrophe seit langem – 100.000 Menschen haben ihr Leben gelassen, viele hunderttausend wurden verwundet, sechs Millionen Menschen mussten ihre Heimat verlassen.

Es sind dramatische, vielleicht epocheprägende Ereignisse, die die Region erschüttern. Und der Türkei ist praktisch über Nacht eine enorme Verantwortung zugewachsen.

Vielen, die sich in der arabischen Welt gegen die alte Herrschaft aufgelehnt haben, gilt die Türkei bis heute als Vorbild und Muster für eine neue Ordnung: eine Ordnung, in der demokratische Werte und islamische Tradition miteinander verbunden sind.

Aus dieser Vorbildfunktion leiten sich Einfluss und Verantwortung ab. Kaum ein anderer externer Akteur hat so viel Gewicht in den Umbruchstaaten wie die Türkei. Und dieses Gewicht gilt es umsichtig zu nutzen.

Nicht nur in Ägypten, wo das Klima der Unversöhnlichkeit dringend überwunden werden muss, wenn dauerhafter innerer Frieden möglich werden soll. Und wo Brücken geschlagen werden müssen zwischen säkularen und religiösen Kräften. Dabei kann die Türkei helfen!

Meine Damen und Herren,

als unmittelbarer Nachbar ist die Türkei natürlich auf besondere Weise durch die syrische Tragödie berührt. Es gibt verständliche Sorge vor einem Übergreifen des Konfliktes. Und weil wir diese Sorge ernst nehmen, leisten wir als Deutsche mit unseren Raketenabwehrstellungen einen Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung unseres NATO-Bündnispartners.

In der Verantwortung sind wir als Deutsche gegenüber der Türkei, aber auch und gerade gegenüber dem Libanon und Jordanien, bei der Lösung des drängenden Flüchtlingsproblems.

Zwei Millionen Menschen sind inzwischen aus Syrien geflohen, die Aufnahmeländer stehen unter erheblichem Druck. Ich bin deshalb der Meinung, dass wir es bei den jetzt beschlossenen 5000 Flüchtlingen, die in Deutschland Aufnahme finden sollen, nicht belassen können.

Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir mehr Menschen Zuflucht bieten und deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass die Länder inzwischen erklärt haben, weitere Kontingente aufzunehmen.

Aber wir werden auch damit das Problem nicht lösen, nicht einmal wesentlich lindern können. Wir müssen unsere Hilfsbemühungen auch in den Aufnahmeländern, vor allem in den ärmsten unter ihnen, verstärken.

Hier ist die Bundesregierung gefragt, zusätzliche Mittel bereitzustellen. Und als Vorsitzender des Kuratoriums der "Aktion Deutschland hilft" erlauben Sie mir auch darauf hinzuweisen: Ich würde mir angesichts der menschlichen Tragödie, die sich in Syrien abspielt, auch eine deutlich höhere private Spendenbereitschaft wünschen.

Meine Damen und Herren,

die Linderung des Flüchtlingselends ist das eine. Das andere ist die politische Lösung des Konfliktes.

Die amtierende türkische Regierung gehörte zu den entschiedenen Befürwortern eines Militärschlages. Ich will deutlich sagen: Ich halte das für hochgefährlich. Und ich kann weder militärischen, noch politischen Nutzen in einer einmaligen Strafaktion erkennen. Sie birgt nach meiner Einschätzung viel mehr Risiken als Chancen. Nach meiner Überzeugung sind es nicht Bombardements, die Assad gefährlich werden können. Ich sehe eher die Gefahr, dass das Regime hierdurch noch gestärkt wird. Was Assad wirklich gefährlich werden könnte, wäre eine Verständigung zwischen den USA und Russland über die Syrien-Politik! Und deshalb bin ich entschieden der Auffassung, dass dem jetzt beschrittenen Weg unbedingt eine Chance gegeben werden sollte.

Wenn es gelingt, Kontrolle über die syrischen Chemiewaffen zu erlangen und sie zu vernichten, dann wäre das für sich genommen schon ein erheblicher Erfolg.

Aber es wäre nicht nur gut in der Sache. Es wäre auch und vor allem deshalb wichtig, weil die internationale Gemeinschaft ihre Handlungsfähigkeit in der Syrien-Krise insgesamt zurückgewinnen würde. Und dieses Momentum müssen wir nutzen.

Die Abkehr von der militärischen Logik eröffnet die vielleicht letzte Chance, um endlich den Einstieg in eine politische Lösung des Konfliktes zu schaffen. Nur so kann das Blutvergießen in Syrien beendet werden. Deshalb müssen die Vorbereitungen für eine zweite Syrien-Konferenz jetzt mit aller Macht vorangetrieben werden. Und dabei kann und muss die Türkei als maßgebliche Regionalmacht, als wesentlicher Macht- und Ordnungsfaktor eine zentrale Rolle als Mittler und Taktgeber spielen.

Meine Damen und Herren,

nach allem, was ich gerade über das gewachsene wirtschaftliche und politische Gewicht der Türkei gesagt habe, muss man eigentlich nicht mehr viele Worte verlieren, warum wir als Deutsche und Europäer ein eminentes Eigeninteresse an möglichst engen Beziehungen zur Türkei haben.

Deshalb will ich ausdrücklich sagen: Ich persönlich und wir als Sozialdemokraten stehen zu unserem Wort: Wir wollen, dass die Türkei ein Mitglied der Europäischen Union werden kann –wenn sie es will und wenn sie die Beitrittskriterien erfüllt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Worte zu dem sagen, was sich in den letzten Monaten und auch gerade in den letzten Tagen wieder vermehrt auf den Straßen in Istanbul, Ankara und anderen Städten ereignet hat.

Wenn ich es richtig sehe, dann hat sich in diesen Protesten eine noch relativ junge türkische Zivilgesellschaft zu Wort gemeldet.

Dass es diese heute gibt, halte ich für eine positive Entwicklung. Dass sie entstanden ist, das hat sehr viel mit den Veränderungen zu tun, die sich in der Türkei vollzogen haben in den letzten Jahren: mit wirtschaftlicher Modernisierung, mit der Öffnung nach Europa, mit dem sinkenden Einfluss des Militärs. Das alles ist das Verdienst nicht zuletzt der Regierung Erdogan.

Diese Regierung Erdogan muss jetzt auch die Kraft haben, mit den Folgen einer wachsenden Selbstbefreiung der Menschen aus politischer Unmündigkeit, insbesondere dem erwachenden Selbstbewusstsein der jungen Generation umzugehen. Der Wunsch nach politischer Teilhabe, wie er sich in manchen Protesten Ausdruck verschafft hat und von dem die Bilder auch in deutschen Wohnzimmern gesehen worden sind – dieser Wunsch nach politischer Teilhabe ist das Gegenstück zu der Form von Freiheit, die der Türkei den Entwicklungsschub der letzten Jahre beschert hat. Ich habe keinen Rat zu geben. Ich kann nur aus unserer eigenen Erfahrung berichten und sagen, dass man den legitimen demokratischen Protest ernst nehmen muss und ihn nicht ignorieren oder unterdrücken kann, ohne die Erweiterung von Freiheit wieder zu riskieren, die auch Sie als Vertreter der Wirtschaft brauchen. Das ist nicht einfach. Ich bin sicher: das werden Sie hier im Saal nicht anders sehen und auch in der Türkei wird man kaum anders darüber reden.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zu dem sagen, was Sie als Unternehmer in Deutschland in besonderer Weise beschäftigt und betrifft: zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und zu dem, was in den kommenden Jahren an Herausforderungen auf uns zukommt. Deutschland steht heute im europäischen Vergleich heute gut da. Wir haben eine historisch niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Steuereinnahmen, solides Wachstum. Wir haben binnen eines guten Jahrzehnts den Weg vom Ende der europäischen Wachstumstabelle an die Spitze geschafft. Deutschland galt Ende der 90er Jahre noch als "der kranke Mann Europas". Heute sind wir Europas Wachstumsmotor.

Dass das gelungen ist, stelle ich nicht ohne Stolz fest. Denn einer der Gründe dafür waren grundlegende Reformen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die mit dem Namen des letzten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Gerhard Schröder verbunden sind. Diese Reformen haben den Menschen in Deutschland einiges abverlangt und sie haben uns Sozialdemokraten auch die eine oder andere Wahlniederlage eingebracht. Aber ohne die entschlossene Führung, die Gerhard Schröder damals gezeigt hat, stünden wir heute nicht da, wo wir stehen.

Natürlich war es nicht die Politik alleine, die den Turnaround geschafft hat. Es waren Gewerkschaften, die mit einer maßvollen Tarifpolitik einen Beitrag geleistet haben. Es waren Unternehmen, die sich auf härteren Wettbewerb eingestellt und sich neu aufgestellt haben.

Und ich will hier ausdrücklich auch würdigen, was manchmal vielleicht zu wenig gesehen wird: Die ungeheure wirtschaftliche Dynamik, die gerade Unternehmerinnen und Unternehmer mit nicht-deutschem Hintergrund hier in unserem Land entfaltet haben in diesem letzten Jahrzehnt. Die Zahl der türkisch geführten Betriebe ist exponentiell gestiegen im letzten Jahrzehnt. Wir haben heute fast 90.000 solcher Unternehmen, quer durch alle Branchen. Seriöse Schätzungen sagen, bis Ende des Jahrzehnts werden weitere 50.000 dazu kommen. Der Umsatz liegt schon heute bei 50 Milliarden Euro, die Zahl der Beschäftigten bei weit über 400.000. Zwei Drittel der Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern bilden aus. Das ist gerade mit Blick auf junge Migrantinnen und Migranten, die auf den Arbeitsmarkt drängen, von enormer Bedeutung für unser Land.

Die türkischen Unternehmen sind eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Sie alle hier haben großen Anteil an der Erfolgsgeschichte des letzten Jahrzehnts.

Als Unternehmer wissen Sie aber auch am besten, dass man sich auf seinen Erfolgen nicht ausruhen darf. Wenn wir unseren Platz an der Spitze der Wachstumstabelle verteidigen wollen, dann müssen wir heute Vorsorge für das kommende Jahrzehnt treffen.

Mein Eindruck ist: Das ist hierzulande noch nicht hinreichend erkannt. Deutschland ruht sich gegenwärtig auf dem Reformvorsprung aus, den wir uns im letzten Jahrzehnt erkämpft haben. Und wir sind dabei, diesen Vorsprung aufzuzehren.

Wir haben etwa im Bereich der Infrastruktur einen Investitionsstau von einer Billion Euro. Wir fahren Straßen und Schienenwege auf Verschleiß in Deutschland. Und wir hinken hinterher beim Ausbau der Breitbandnetze.

Investieren müssen wir auch beim Thema Bildung. Wir stehen vor grundstürzenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Das Hauptproblem, mit dem wir im vergangenen Jahrzehnt zu kämpfen hatten, war die hohe Arbeitslosigkeit. Das Hauptproblem der Zukunft wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sein.

Schon heute werden einige von Ihnen Probleme haben, genügend Auszubildende oder Fachkräfte zu finden. Dieser Trend wird sich ganz unweigerlich weiter verstärken.

Und deshalb dürfen wir in Zukunft keinen jungen Menschen mehr zurücklassen. Wenn heute immer noch jährlich 65.000 junge Menschen die Schule ohne irgendeinen Schulabschluss verlassen, dann scheitern 65.000 zu viel und vor allem zu früh.

Ich weiß, Herr Professor Keskin, dass dies ein besonderes Anliegen von ATIAD ist. Und ich bin sicher, Sie werden mir zustimmen: Wenn uns das gelingen soll, dann müssen wir mehr tun: Mehr investieren in Bildung. Wir brauchen ausreichende und gute Kinderbetreuung. Mehr Ganztagsschulen. Da müssen wir ran. Wir müssen die jungen Menschen, die sich zum Teil seit Jahren in der Warteschleife befinden, in reguläre Ausbildung bringen. Und wir müssen uns insgesamt wieder mehr auf die Stärken unseres dualen Ausbildungssystems konzentrieren.

Ich bin mir sicher: gerade die jungen Menschen mit Migrationshintergrund werden umworben sein. Wir werden auf jeden angewiesen sein, um unseren Bedarf an Fachkräften zu sichern. Wir müssen auch für mehr dieser Jugendlichen den Weg zum Abitur und zu akademischen Berufen öffnen.

Wir müssen das Thema Integration deshalb ganz oben auf die Tagesordnung setzen. Das heißt zunächst, falsche Weichenstellungen zu vermeiden. Das Betreuungsgeld, mit dem auch Kinder nicht-deutscher Herkunft aus Betreuungseinrichtungen ferngehalten werden, ist integrationspolitisch eine Katastrophe.

Und wenn wir einen Schwerpunkt auf Integration setzen wollen, meine Damen und Herren, dann gehört dazu auch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Denn es ist auch eine Frage gelingender Integration, jungen Leuten die Chance zu geben, ihre Wurzeln nicht zu verleugnen und zugleich vollwertiger deutscher Staatsbürger zu werden, wenn sie es wollen. Deshalb muss die geltende Optionslösung vom Tisch und die doppelte Staatsangehörigkeit künftig möglich sein. Und selbstverständlich gehört nach außen das Thema Visaerleichterung für mich und für die SPD auch dazu!

Meine Damen und Herren,

dies ist keine Wahlkampfveranstaltung und ich will Sie jetzt auch nicht mit einer Kampfrede überziehen. Aber diese wenigen Punkte waren mir hier, vor diesem besonderen Publikum, doch wichtig zu erwähnen. Es gibt viel zu tun, um Deutschland fit zu machen für die Zukunft. Darüber, wer die Weichen in Deutschland künftig stellt, entscheiden wir am kommenden Sonntag. Und wo ich Ihnen empfehle, Ihr Kreuz zu machen, muss ich sicher nicht weiter ausführen.

Ich danke Ihnen nochmals herzlich für die Gelegenheit vor Ihnen zu sprechen und wünsche Ihrer Tagung einen guten und erfolgreichen Verlauf. Ich bitte herzlich um Verständnis, dass ich Sie jetzt gleich verlassen muss. Die Marktplätze und Kugelschreiber rufen wieder!

Dr. Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion